

**Abo** REINER EICHENBERGER

## «Nur wenige wünschen, dass es wieder 2,1 Grad kälter wird»

🕒 Lesezeit: 14 Minuten

Der Schweizer Ökonom warnt vor der Panikmache beim Klima, erklärt sein Verhältnis zur SVP und fordert den Bau von neuen Städten.

Von **Stefan Barmettler**  
am 31.05.2023 - 06:06 Uhr

**Ihre Kolumnen sind so überschrieben: «Klimakiller Velo» oder «Volkskrankheit Teilzeit» oder «Klimaschutz-Gesetz – bitte entsorgen!» Sie lieben die Provokation.**

Die Titel sind oft gar nicht von mir. Ich schlage jeweils ein paar Titel vor, von sachlich bis provokativ. Oft werden die Kolumnentitel von den Redaktionen weiter zugespitzt.

### **Zu Ihrem Missfallen?**

Ja und nein. Titel müssen Aufmerksamkeit schaffen, das gilt auch für die Wissenschaft. Ich möchte mit meinen Beiträgen einen gesellschaftlichen Zusatzbeitrag erbringen. Da ist es sinnlos, das darzulegen, was längst mehrmals geschrieben wurde, also suche ich nach neuen Argumenten und Ideen.

## **Also stets das Gegenteil von Mainstream?**

Nein, ich suche nach Lücken, welche die anderen vielen Autorinnen und Autoren vergessen oder übersehen haben. Wo liegt ein Denkfehler vor? Welche ökonomischen Überlegungen oder Grundsätze werden ignoriert.

## **«Klimakiller Velo», eine Kolumne in der «Handelszeitung», sorgte für einen Shitstorm in den sozialen Medien.**

Das hat mich nicht gestört, im Gegenteil, ich schätze die Auseinandersetzung. Ich konstatiere: Es wurde in amtlichen Studien bei CO<sub>2</sub>-Betrachtungen von Verkehrsträgern der Motor des Velos vergessen. Das Velo aber ist kein Perpetuum mobile, sondern der Fahrer, die Fahrerin muss Energie in die Bewegung stecken. Diese muss vorgängig produziert werden und braucht Ressourcen. Diese Berechnung kann man als Provokation betrachten, ich sehe sie als Bereicherung der Diskussion. Und sie zeigt: Beim Einbezug der Muskelenergie schneidet das Fahrrad noch schlechter ab gegenüber dem Auto.

**Ich behaupte: Wenigstens von Wirtschaft und Politik verstehe ich mehr als viele Klimafokussierte.**

**REINER EICHENBERGER**

Das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) berechnet die externen Kosten der Verkehrsmittel, also die Kosten, die nicht ihre Nutzer, sondern die Allgemeinheit bezahlen. Dabei schneidet das Velo wegen seiner hohen Unfallkosten sehr schlecht ab. Das Amt rechnet dann das Velo schön, indem es ihm einen Gesundheitsnutzen zuschreibt. Die Velofahrer würden fitter, weil sie sich zusätzlich bewegen. Aber dafür brauchen sie mehr Energie, also mehr Nahrung. Und diese hat bekanntlich einen grossen CO<sub>2</sub>-Fussabdruck.

## **Sie fahren kein Velo?**

Wenn ich älter werde und so weniger zu verlieren habe, werde ich es mir überlegen (lacht). Ernsthaft: Es wird in der Klimadebatte so viel Unsinn erzählt, in der Wissenschaft wie in der Politik. Ich konstatiere einen Herdentrieb, es rennen zu viele in dieselbe Richtung.

## **Ausser Reiner Eichenberger? Falsch müssen die 200 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht liegen, die sich für die Klimaschutz-Initiative aussprechen.**

Ich bin doch nicht der einzige Kritiker, denken Sie an William Nordhaus, Hans Werner Sinn oder Björn Lomborg. Die Herde will diese nur nicht hören. Ich beschäftige mich seit über 30 Jahren mit Klima- und Umweltfragen in Forschung und Lehre. Wer das Klimaproblem erfassen und lösen will, muss sich bei Klima, Wirtschaft und Politik auskennen. Ich behaupte: Wenigstens von Wirtschaft und Politik verstehe ich mehr als viele Klimafokussierte. Abgesehen davon: Nicht wenige, die sich als

Klimaexpertinnen und -experten ausgeben, haben eingebundene Interessen. Sie haben Geschäftsinteressen, schreiben hochbezahlte Gutachten. Zuweilen droht da die Objektivität zu leiden.

**Sie haben auch schon Gutachten geschrieben.**

Ich versuche, möglichst unabhängig zu bleiben und schreibe kaum Gutachten. Ich mache höchstens Zweitgutachten. Unabhängigkeit ist mir viel wert, dazu habe ich gar nicht die Ressourcen für Gutachten. Es kann nicht die Aufgabe der Universitäten sein, Gutachten zu schreiben, die von den Steuerzahlern quersubventioniert werden. Dafür gibt es private Institutionen wie Ecoplan oder BAK Economics.

**Streiten Sie den Klimawandel ab, dass sich die Erde erwärmt, dass der Meeresspiegel steigt?**

Nicht im Geringsten. Ich übernehme ja die Zahlen des Weltklimaberichts und unserer Ämter, aber setze sie dann in eine vernünftige, vergleichende Perspektive. Deshalb lehne ich die grassierende Panikmache beim Klima ab. Denn sie übertreibt die Kosten der Klimaschäden und die Wirksamkeit der Klimapolitik und untertreibt deren Kosten.

**Die Erde erwärmt sich über 100 Jahre um 2 Grad. Das Weltklimaziel ist, die globale Erderwärmung auf unter zwei Grad Celsius zu begrenzen.**

Die Referenzjahre sind die 1850 bis 1870, also die vorindustrielle Zeit. In der Schweiz ist die Temperatur seit 1850 um 2,1 Grad gestiegen. Die wenigsten denken, dass das eine wichtige Änderung ist, verglichen mit den sehr vielen anderen Veränderungen seither. Und nur wenige wünschen, dass es wieder 2,1 Grad kälter wird.

Reiner Eichenberger ist ordentlicher Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg und Forschungsdirektor des [Instituts Crema](#).

**Der Meeresspiegel steigt und bedroht die Grundlagen von Millionen Menschen – auf den Malediven, in Bangladesch, in Indien.**

Der Meeresspiegel ist in den letzten 100 Jahren um 25 Zentimeter angestiegen und wird in den nächsten 100 Jahren je nach Szenario nochmals um 30 bis 100 Zentimeter zulegen. Das ist für gewisse Länder ein Problem. Aber das Beispiel Holland zeigt, dass man auch unter Meeresspiegel bestens leben kann; das Land tut dies seit vielen Jahrhunderten dank Deichbauten. Heute ist Holland flächenmässig nicht das am schnellsten schrumpfende Land der Welt, wie man meinen könnte, sondern das am schnellsten wachsende. Dieser Landgewinnung bringt Holland im Vergleich zu den Kosten einen riesigen Gewinn. Andere Länder wie Südkorea setzen ebenfalls auf Dämme; Bangladesch hat Warnsysteme aufgebaut. Man kann also technisch sehr viel machen gegen die Gefahren eines steigenden Meeresspiegels.

**Bangladesch hat nicht das Geld, um Dämme gegen die Fluten zu bauen.**

Diese Dämme oder Deiche müssen nicht gigantisch teuer sein. Aber da rücken plötzlich andere Fragen ins Zentrum, jene des Wirtschaftswachstums und der Einnahmen, die das Land für die Bauten braucht. Das grösste Risiko ist Armut und schlechte Politik, nicht CO<sub>2</sub>.

**Sie stellen das Pariser Klimaabkommen von 2015 in Frage?**

Ich sage nicht, dass der Klimawandel kein Problem sei. Ich sage nur, wir haben beschränkte Ressourcen und müssen diese vernünftig einsetzen. Und das CO<sub>2</sub>-Problem international anzugehen, halte ich für gewagt, zumal lokale Probleme oft viel stärker sind. Jakarta versinkt im Wasser, aber nicht wegen dem Klimawandel, sondern weil die Stadt buchstäblich auf Sand gebaut ist. Und in vielen Entwicklungsländern ist nicht das Klima das Hauptproblem, sondern schlechte Politik und Korruption, die wiederum Armut produziert.

**197 Länder haben das Paris-Abkommen unterschrieben und sich zu einer Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses verpflichtet.**

Richtig, und zwar erstmals 1990. Damals waren die Kosten zur CO<sub>2</sub>-Reduktion noch relativ tief, jetzt aber steigen sie laufend. Und am Schluss, bei den letzten Tonnen, also gegen 2050, wird es richtig teuer. Und was tut Deutschland: Man lässt Kohlekraftwerke mit hohem CO<sub>2</sub>-Ausstoss länger laufen, weil man einen Atomausstieg beschlossen hat. Und die horrenden Kosten, die zur Absenkung in 20, 30 Jahren anfallen, halsen wir der nächsten Generation auf. Und dann staune ich, wie wir uns plötzlich mit Staaten zusammentun, die sich in der Vergangenheit kaum je an ein internationales Abkommen hielten, bei Menschenrechten, Meinungsäusserungsfreiheit, Demokratie. Ausgerechnet mit ihnen wollen wir zur Rettung des Klimas zusammenarbeiten?

**Economiesuisse ist für das Abkommen, auch die Swiss oder Siemens. Viele Firmen haben sich für ein Netto-null-Ziel bis 2050 ausgesprochen.**

Weil man daraus Gewinn schlagen kann und weil es für Wirtschaftsführer heikel ist, sich gegen den Mainstream zu stemmen. Ich bin kein Verschwörungstheoretiker, da ist sicher nichts abgesprochen. Aber wir sehen hier ein typisches Systemversagen: Für die einzelne Firma lohne es sich nicht, sich zu wehren. Wer es tut, wird unter Beschuss genommen. Aber ich verweise wieder auf das Amt für Raumentwicklung: Die vom Auto verursachten jährlichen externen Kosten liegen bei 1,6 Milliarden beim Klima, die Lärmschäden bei über 2 Milliarden. Die Unfallschäden liegen bei weit über 2 Milliarden und die lokalen Umweltschäden bei 3,5 Milliarden. Gemäss einer vom Bund beauftragten Studie zu den Kosten des Klimawandels in der Schweiz liegen diese um 2060 bei 2,8 Milliarden – oder 0,43 Prozent des Gesamtkonsums der Schweiz. All diese Zahlen sagen: das Klimaproblem ist im Vergleich mit unseren anderen Problemen relativ klein; trotzdem wird es von der Politik zum grössten macht.

**Autokonzerne setzen voll auf E-Mobilität.**

Klar, weil sie sonst Ärger mit den Regulatoren und Regierungen kriegen. Und sie hoffen auf Subventionen und auf höhere Margen. Das gilt auch bei Öl- und Gasheizungsfirmen, die auf Wärmepumpen umschwenken. Die Preise und Margen sind viel höher, und die Firmen kommen kaum mit Liefern nach. Es macht Sinn, mitzuspielen, und zwar aus zwei Überlegungen: Der Markt der Verbrennungsmotoren ist heute hochkompetitiv und reif, die Margen relativ schmal. Mit der Lancierung der Elektroautos bildet sich ein neuer hochmargiger Markt, gleichzeitig kann man die Verbrenner in den nächsten 20 Jahren noch ausmelken. Und dann machen Pensionskassen und Investmentgesellschaften Druck und verlangen ESG-konforme Produktion und Dienstleistungen. Blackrock und Banken vermarkten Clean Investment und die Pensionskassen greifen zu. Und brüsten sich, dass diese Green Investments auch noch boomen. Aber sie verschweigen, dass eine starke Nachfrage zu einer Verknappung der Produkte und zu Preissteigerungen führen. Nur: Wenn man sich beim Anlageuniversum einschränkt und viele Sektoren oder Firmen ausschliesst, wird die Rendite längerfristig nicht steigen, sondern sinken. Die Rechnung zahlen die Versicherten.

**Gemäss WHO und anderen Quellen sterben jedes Jahr 5 Millionen Menschen an Luftverschmutzung, andere Studien gehen gar von 8 Millionen aus. Dazu gibt es Hitzetote. Da gehen Lebensjahre verloren.**

Aber das hat nicht viel mit Klima zu tun. Das sind vor allem Gesundheitsschäden durch lokale Umweltverschmutzung: SO<sub>2</sub>, NO<sub>2</sub>, Schwebstaub, Russ etc. Das ist viel schlimmer als Klima, aber eben ein lokales Problem. Leider reden viele Regierungen lieber über relativ unwichtige, schwierig lösbare globale Probleme, statt die eigenen, wichtigen und leicht lösbaren Probleme anzugehen. Zudem sollte man bei Umweltschäden nicht einfach Todesfälle zählen, sondern die verlorenen Lebensjahre dieser Leute. Bei Luftverschmutzung geht es zumeist um Vorversterben um 3 bis 24 Monate, bei Unfällen hingegen um 40 bis 50 Jahre. Und: Wer die Dekarbonisierung bis 2050 fordert, fordert eine beispiellose technologische Entwicklung. Wer sie schon nur zu Teilen schafft, könnte sich wohl auch vor Klimaänderungen schützen. Zudem gibt es aktuell viel mehr Kältetote als Wärmetote – und zwar im Verhältnis zehn zu eins.

**Die volkswirtschaftlichen Kosten werden auf lange Sicht steigen.**

Ich sage: Wir sind in einem Klimapanikmodus. Und verlieren die Dimensionen. Nehmen wir das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, das neu ja Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz heisst. Dieses Bundesamt hat eine Studie in Auftrag gegeben, diese wurde Ende 2022 publiziert und kommt zu Schluss: Bis 2050 betragen die Kosten des Klimawandels im schlimmsten Fall 1,5 Prozent des Bruttoinlandprodukt – ohne jede Anpassung. Werden aber robustere Weizen

verwendet und andere Anpassungen vorgenommen, liegen die Kosten bei unter 0,6 Prozent des BIP. Dasselbe in den USA: Da wird zuweilen behauptet, die Klimaschäden um 2100 beliefen sich auf 500 Milliarden Dollar pro Jahr, und viele Leute geraten in Angst. Nur: Die USA haben heute ein BIP von 25'500 Milliarden und 2100 werden es wohl über 50'000 Milliarden sein. Im Verhältnis dazu sind die 500 Milliarden marginal. Das heisst, wir liegen bei leicht über einem Prozent des BIP.

**Die Klimaerwärmung verstärkt die Migration aus Afrika. Da wirkt eine effektive Klimapolitik dämpfend.**

Nein. Das Gegenteil trifft zu. Erstens ist die Migration hauptsächlich durch den riesigen Unterschied in Wohlstand, Lebensqualität und Sicherheit vor Gewalt und Korruption bedingt. Die Probleme Afrikas haben viel weniger mit dem Klima zu tun als mit schlechter Politik infolge schlechter politischer Institutionen. Zweitens sind das, was als Klimaschäden dargestellt wird, zumeist Folge lokaler Umweltbelastungen sowie falscher Nutzung von Land, Fliess- und Grundwasser – auch infolge des schnellen Bevölkerungswachstums. Drittens gilt auch da: Natürlich wäre es toll, wenn es keinen nachteiligen Klimawandel gäbe. Doch die angestrebte Klimapolitik leistet das nicht und wird extrem teuer und trotzdem scheitern. Der beste und billigste Schutz vor Schäden ist deshalb, sich klug anzupassen. Aber auch das ist nicht gratis. Entscheidend ist deshalb Wirtschafts- und Wohlstandswachstum – also eben eine vernünftige Klimapolitik mit Kostenwahrheit dank CO<sub>2</sub>-Steuern und kompensierender Senkung anderer Steuern.

**Also wo ist das Problem?**

Die Gefahr ist gross, dass die Klimapolitik dazu missbraucht wird, übermässig in die Wirtschaft und Freiheit einzugreifen, und so die Entwicklung zusätzlich gehemmt wird. Deshalb gilt: Natürlich bringt der Klimawandel Risiken wie ökologische Kippeffekte. Aber das gilt noch mehr für die Klimapolitik: wegen ihr drohen wirtschaftliche und gesellschaftliche Kippeffekte. Da könnte man ganz wissenschaftlich die grössten Gefahren modellieren. Nur hat noch keine Regierung eine Studie dazu bestellt.

**Der Vorwurf Ihrer Kritiker lautet: Reiner Eichenberger ist ins Lager der SVP abgedriftet und bewirtschaftet eine Nische.**

Das ist Quatsch. Erstens bewirtschaftete ich nicht Nischen. Bei meinen Kernthemen bin ich überzeugt, dass ich Recht habe und am Ende Recht behalte. Zweitens wäre es keine Sünde, auf Seite der grössten Partei zu sein. Und drittens habe ich bei manchen Themen auf den ersten Blick eine ähnliche Ausrichtung wie die SVP, etwa bezüglich Föderalismus oder direkte Demokratie. Da teilen wir – und fast alle führenden politischen Ökonomen – eine grosse Begeisterung für die Schweizer Institutionen. Die Gründe sind aber zuweilen andere.

**Nämlich?**

Ich bin stark für die Direktwahl des Bundesrates. Die SVP war das auch mal, hat aber aus internen Überlegungen diese Forderung aufgegeben. Ich war schon fast ewig für eine klug regulierte Liberalisierung von Drogen. Ich bin für die Abschaffung der Wehrpflicht bei Beibehaltung der Milizarmee, also für eine freiwillige Miliz. Dafür kämpfte ich mit der GSoA. Dann war ich immer für eine noch stärkere Aktionärsdemokratie. Und bei der Altersvorsorge bin ich völlig anderer Meinung als die SVP, da plädiere ich schon lange für eine Halbierung der Steuersätze auf Arbeitseinkommen ab 67 Jahren. Und das zusätzliche Geld, das dem Staat aus diesen Steuern zufließt, muss in die Sozialwerke fließen.

**Das sieht das Parlament anders.**

Alle Parteien – inklusive die SVP – wollen, dass die Mehreinnahmen aus den Alterseinkommen oder aus der Rentenaltererhöhung der Frauen in die Staatskassen fließen. Weil Politikerinnen und Politiker zumeist ein gemeinsames Ziel haben: mehr Geld ausgeben.

**Und bei der Zuwanderung – sind Sie da nicht auf SVP-Kurs?**

Bei der Zuwanderung bin ich seit 2010 gegen Kontingente, wie sie die SVP fordert. Mehr noch: Ich war einer der vehementesten Kritiker der Kontingente. Ich bin für eine Aufenthaltsgebühr für Neuzuwanderer nach dem Modell einer hohen Kurtaxe. Das will die SVP nicht, stattdessen hält sie an Kontingenten fest. Doch diese sind schrecklich bürokratisch und ineffizient. Wo wir uns treffen, ist die Einsicht, dass das hohe Bevölkerungswachstum wegen Zuwanderung ein Riesenproblem ist.

**Die von Ihnen vorgeschlagene Kurtaxe für EU- und EFTA-Bürger wäre das Ende der Personenfreizügigkeit.**

Ja und nein. Auf den ersten Blick ist es eine gewisse Diskriminierung von EU-Bürgern. Aber gerade sie leiden besonders unter der weiteren Zuwanderung. Langfristig würden sie also von der Kurtaxe profitieren.

**Und muss man dafür die Bilateralen I opfern?**

Im schlimmsten Fall: ja. Da verweise ich auf eine Studie von Ecoplan aus dem Jahr 2015, die ein Ende der Bilateralen I für 2017 simulierte. Und die Kosten bis 2035 berechnete – und zwar ohne jede

Ersatzverhandlung. Das Resultat: Das Bruttoinlandprodukt wächst 4,9 Prozent weniger stark als mit den Bilateralen I. Der Bund argumentierte damals: Seht, der Schweiz droht ein grosser Wohlfahrtsverlust. Ich sage: Nein, denn es gäbe im Gegenzug weniger Bevölkerungswachstum. Die aus Sicht der Bürger entscheidende Grösse, die realen Faktoreinkommen in Form von Löhnen und Kapitalrenditen, würden gemäss Ecoplan bis 2035 nur um 0,7 Prozent weniger wachsen, als sie sonst wachsen würden. Dies obwohl Ecoplan in der Studie die Vorteile des kleineren Bevölkerungswachstums ignoriert, etwa weniger Knappheit von Land, Infrastruktur und Energie und weniger flankierende Massnahmen.

**Nicht einberechnen kann man das Abwandern von Firmen oder Firmenteilen, weil die entsprechenden Fachkräfte nicht verfügbar wären.**

Das wurde schon eingerechnet. Nur die Nutzen von weniger Zuwanderung und Bevölkerungswachstum wurden vernachlässigt.

**Den Bruch mit der EU ist aus Ihrer Sicht zu riskieren?**

Absolut, weil die Probleme mit dem Bevölkerungswachstum und dem wachsenden Ausländeranteil über die Zeit kumulieren. Nehmen wir das Thema Miliz: Mittlerweile ist der Anteil der Ausländer bei den 30- bis 40-Jährigen bei 40 Prozent. Wie bitte soll man von den kaum wachsenden Inländern, die auf dem Arbeitsmarkt in Konkurrenz zu immer mehr Ausländern sind, noch genügend Soldaten und Politiker rekrutieren? Das geht nicht auf.

**Sie haben 2008 die rasche Einbürgerung von wirtschaftlichen Leistungsträgern vorgeschlagen – da würde die Zahl der Schweizerinnen und Schweizer steigen.**

Es ist wünschenswert, dass Zuwanderinnen und Zuwanderer schneller in unsere Demokratie integriert werden. Aber: Es ist kaum vorstellbar, dass die Schweizer allen nach drei oder fünf Jahren das Wahl- und Stimmrecht geben wollen. Also müssten wir zwischen verschiedenen Zuwanderern diskriminieren, was natürlich problematisch, aber nicht ausgeschlossen ist. Ich vertrete nun aber eine bessere Lösung: Wir sollten den Zuwanderer und den Jungen ab wohl 15 Jahren Mitsprache geben, also das Initiativ- und Referendumsrecht ohne Stimmrecht. Damit hätten Ausländer in der Schweiz zumeist wirksamere politische Rechte als in ihren Heimatländern. Das brächte grosse Vorteile – ohne jedes Risiko für die Schweizer.

**Immerhin profitiert die Schweiz von gut ausgebildeten Fachkräften, weil die Ausbildungskosten im Ausland anfallen.**

Nein. Das gilt nur, solange Zuwanderer keine Kinder haben. Zuwandererfamilien mit zwei Kindern sind wegen der hohen Ausbildungskosten erst ab etwa 250'000 Franken Einkommen Nettozahler, oder wenn sie die Kinder in Privatschulen schicken. Die EU selber hat dramatische Herausforderungen wegen der Personenfreizügigkeit. Denn den negativen Füllungseffekten am Zuwanderungsort stehen negative Leerungseffekte am Abwanderungsort gegenüber. Um die



Wanderung einzubremsen, wird überall – gerade in der EU – übelst reguliert. Die Folge sind die überregulierten Arbeits- und Wohnungsmärkte in vielen Einzelstaaten, ein Hauptproblem der EU.

**Italiens Arbeitsrecht umfasst zehnmal mehr Seiten als jenes in der Schweiz, Junge werden deswegen nur noch auf Zeit eingestellt.**

Und genau wegen der Personenfreizügigkeit in der EU können Italien und die anderen Länder ihren Arbeitsmarkt nicht liberalisieren. Täten sie es, setzte eine riesige Zuwanderung aus Rumänien oder anderen Tieflohnländern ein – und diese würde den Einheimischen die Arbeitsplätze und Wohnungen streitig machen. Die Reformblockade in der EU ist ergo auch eine Folge der Personenfreizügigkeit. Wir in der Schweiz laufen jetzt genau in diese Falle: Wir regulieren den Wohnungs- und Arbeitsmarkt, um die Einheimischen vor der Zuwanderung zu schützen. Aus dieser Regulierungsfalle kommt man nur, wenn man aus der Personenfreizügigkeit aussteigt.

**Gemäss Prognose hat die Schweiz bis 2040 ungefähr 10 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Und wenn es 2050 deren 12 Millionen werden?**

Mit der vollen Personenfreizügigkeit seit 2007 wächst die Bevölkerung mit jährlich 1 Prozent. Bis 2100 macht das 20 Millionen Einwohner. Was also ist das grössere Problem für die Schweiz: Die Personenfreizügigkeit oder der Klimawandel? Eine Obergrenze zu ziehen, ist schwierig. Die Geschwindigkeit der Zuwanderung ist das Problem. Verdichtung muss dafür als Zauberwort erhalten, also immer höhere Häuser bauen. Hoch bauen ist aber teurer und bringt weniger als viele denken. Hochhäuser sind recht dünne Wohnhäute um gewaltige Lift-, Treppenhaus und Versorgungsschächte. Zudem müssen sie eng gestellt werden, um Verdichtung zu erzielen. Dann sind sie nur noch für die zuoberst wohnenden attraktiv. Deshalb bin ich für «einzonen statt einpferchen». Wir könnten neue Städte bauen.

**Sie meinen im Kanton Graubünden?**

Ja, auch da. Oder im Napf. Und in ganz vielen Kantonen. Es könnten auch Privatstädte sein, Städte ohne Kapitalismus oder mit bedingungslosem Grundeinkommen – aber natürlich von der Stadt selbst finanziert. Man kann sich da allerlei lehrreiche Experimente vorstellen (lacht).